

ARGUMENTATION KOMPAKT

Ein Service der Hanns-Seidel-Stiftung für politische Entscheidungsträger



Ausgabe vom 1. Juni 2017 – 4/2017

Die Landtagswahlen vom Frühjahr 2017 Tendenzen des Wahlverhaltens in Deutschland

Gerhard Hirscher /// Die Landtagswahlen im Saarland, in Schleswig-Holstein und in Nordrhein-Westfalen haben eine Wegmarke im Wahlverhalten in der Bundesrepublik Deutschland gesetzt. Die Wahlbeteiligung ist deutlich gestiegen und die CDU ist der größte Profiteur dieser zusätzlichen Mobilisierung. Sie hat nicht nur die Regierungsführung im Saarland verteidigt, sondern kann sie (höchstwahrscheinlich) in den beiden anderen Ländern erringen. Ein Trend zur weiteren Fragmentierung des Parteiensystems hat sich nicht fortgesetzt, vielleicht sogar in sein Gegenteil verkehrt. Diese Landtagswahlen haben gezeigt, dass auch bei Konkurrenz durch die AfD eine Mobilisierung möglich ist, die den Volksparteien und vor allem der CDU nützt. Die Mobilisierungsprobleme der Grünen, aber vor allem der SPD waren ein Fingerzeig für die Bundestagswahl am 24. September 2017. Eine Regierungsmehrheit gegen CDU und CSU erscheint noch unwahrscheinlicher als vor diesen Landtagswahlen. ///

Die Landtagswahlen vom Frühjahr 2017

Tendenzen des Wahlverhaltens in Deutschland

Gerhard Hirscher

Die drei Landtagswahlen vom Frühjahr 2017

Zu Beginn des Bundestagswahljahres 2017 fanden drei Landtagswahlen im Saarland, in Schleswig-Holstein und in Nordrhein-Westfalen statt. Auch wenn grundsätzlich immer landespolitische Gegebenheiten solche Landtagswahlen prägen, spielen Einflüsse vor allem der Bundespolitik sicher auch eine Rolle, auch wenn die empirisch schwer zu messen sind. In jedem Fall üben solche Landtagswahlen mehrere Monate vor einer Bundestagswahl eine Signalwirkung aus, die entsprechend medial thematisiert wird. Nach der dritten dieser Landtagswahlen am 14. Mai 2017 lässt sich festhalten, dass alle drei Wahlen ähnliche und bemerkenswerte Ergebnisse erbrachten.

Als erste überregionale Wahl im Wahljahr 2017 in Deutschland wurde schon die Landtagswahl im Saarland vom 25. März 2017 mit großer Aufmerksamkeit betrachtet, auch wenn es sich um das bevölkerungsmäßig kleinste Land in Deutschland handelte. Im Saarland regierte seit 2012 eine große Koalition aus CDU und SPD. Lange sah es in den demoskopischen Daten so aus, als könnte Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer von der CDU in dieser Koalition weiterregieren. Seit der Ankündigung der Übernahme von Parteivorsitz und Spitzenkandidatur der Bundes-SPD durch Martin Schulz Ende Januar 2017 hatten sich die Werte für die SPD deutlich verbessert, die für die CDU aber kaum verschlechtert. Im Vorfeld waren weitere Sondereffekte erkennbar: FDP und Grüne, die mit der 5-Prozent-Hürde kämpften und in den letzten Umfragen darunter lagen, eine AfD, die bei den Demoskopern nur knapp darüber lag, und eine Linke, die vom ein letztes Mal antretenden Spitzenkandidaten Oskar Lafontaine profitierte, aber dennoch mit schrumpfendem Wählerpotenzial rechnen musste. Für die Piraten erschien ein Verbleib im Parlament aussichtslos.

Das Ergebnis der Landtagswahl zeigte, dass der „Schulz-Effekt“ im Saarland keine Wirkung erzielte und die CDU unerwartet stark zulegte. Sie erhielt (nach dem vorläufigen amtlichen Endergebnis) 40,7 % der Stimmen und damit deutlich mehr, als in den letzten Umfragen zu erwarten waren (das Wahlrecht im Saarland sieht nur die Abgabe einer Stimme vor). Dies waren

wegen der gestiegenen Wahlbeteiligung fast 48.000 Stimmen mehr als 2012 und das beste Ergebnis bei Landtagswahlen seit 2004. Die SPD hingegen landete bei 29,6 % (dem schlechtesten Ergebnis bei Landtagswahlen seit 1960) und damit deutlich unter ihren letzten demoskopischen Werten. Immerhin konnte auch sie über 10.000 Stimmen dazugewinnen. Die Werte der anderen Parteien wurden hingegen von den Demoskopen präzise vorhergesagt: Die Linke kam mit Oskar Lafontaine, dem langjährigen SPD-Ministerpräsidenten, zwar noch auf 12,9 %, verlor aber über 3 Prozentpunkte (und netto fast 9.000 Stimmen) und demonstrierte dadurch ihr schrumpfendes Wählerpotenzial in diesem Land – noch dazu ohne rot-rote Machtperspektive wegen des Abschneidens der SPD. Die AfD kam mit 6,2 % in den elften Landtag, blieb aber hinter ihren Erwartungen zurück. Für die Grünen mit 4,0 % wie die FDP mit 3,3 % wurde deutlich, wie schwierig die Mobilisierung für sie ist, wenn die Wahlbeteiligung steigt (sie lag für 774.947 Wahlberechtigte bei 69,7 % und damit gut 8 Prozentpunkte höher als 2012) und die großen Parteien davon profitieren. Alle anderen kleineren Parteien blieben sämtlich weit unter einem Prozent.

Von den 51 Sitzen im Landtag kam die CDU auf 24, die SPD auf 17, die Linke auf 7 und die AfD auf 3. Im Gegensatz zu vielen anderen Ländern hat sich die Zahl der im Landtag vertretenen Parteien also reduziert. Eine realistische Mehrheit ergab nur eine neue große Koalition unter der Führung der CDU, die auch am 17. Mai 2017 offiziell gebildet wurde.

Sechs Wochen nach der Wahl im von der Bevölkerungszahl kleinsten Flächenland und eine Woche vor der im (gemessen an der Einwohnerzahl) größten Flächenland Nordrhein-Westfalen wurde am 7. Mai 2017 in Schleswig-Holstein gewählt. Die CDU konnte mit Peter Harry Carstensen 2005 nach langer Durststrecke wieder den Regierungschef stellen, bis 2012 Torsten Albig von der SPD das Amt übernahm, der sich zur Wiederwahl stellte. Eine einmalige Besonderheit ist der Status des „Südschleswigschen Wählerverbandes“ (SSW). Dieser ist als ursprüngliche Vertretung der dänischen und friesischen Minderheit von der 5-Prozent-Hürde befreit, hat sich aber mittlerweile klar zu einer Unterstützerpartei des linken Lagers entwickelt und war in der amtierenden rot-grünen Landesregierung vertreten. Insofern war die Ausgangslage für die CDU schwierig, die mit dem noch nicht sehr bekannten Spitzenkandidaten Daniel Günther antrat.

Bei 2,88 Millionen Einwohnern waren etwa 2,32 Millionen Bewohner über 16 Jahren wahlberechtigt. In der letzten Umfrage der Forschungsgruppe Wahlen am Freitag vor der Wahl lag die CDU drei Punkte vor der SPD (32 % zu 29 %). Die FDP versprach, deutlich besser abzuschneiden als in anderen Ländern und trotz des SSW war damit die rot-grüne Mehrheit in Gefahr. Die AfD kam in den Umfragen nur knapp über die 5-Prozent-Hürde, mit der die Linke noch stärker kämpfte. Selbst der Vorsprung des Amtsinhabers gegenüber dem Spitzenkandidaten der CDU ging kurz vor dem Wahltermin weiter zurück.

Das Ergebnis bestätigte den Trend: Die CDU schloss mit 32,0 % der Zweitstimmen (ein Gewinn von über 61.000) so gut ab wie zuletzt prognostiziert und die SPD mit 27,2 % klar schlechter –

ähnlich wie bei der Saarland-Wahl wenige Wochen zuvor. Die SPD holte jedoch trotz gesteigerter Wahlbeteiligung (von 60,2 % auf 64,2 %) etwa 3.500 Stimmen weniger als bei der Landtagswahl 2012. Damit wurden die Mobilisierungsprobleme der Regierungspartei klar dokumentiert.

Die guten Ergebnisse für Grüne mit 12,9 % und FDP mit 11,5 % waren ebenso deutlich vorhergesagt worden wie das knappe Scheitern der Linken mit 3,8 % und das Verschwinden der Piraten. Die Grünen konnten trotz eines kleinen prozentualen Verlusts Stimmen gewinnen. Dies galt noch stärker für die FDP, die fast 60.000 Stimmen dazugewann. Die AfD kam mit 5,9 % knapp in den Landtag, hatte aber mit deutlich mehr gerechnet. Auch die Linke konnte zwar Stimmen gewinnen, blieb aber mit 3,8 % der Zweitstimmen klar unter der 5-Prozent-Hürde. Von den restlichen Parteien kamen nur noch die Piraten mit 1,2 % über einen Wert von einem Prozent.

Die CDU kam auf 25 Mandate, die SPD auf 21, die Grünen auf 10, die FDP auf 9, die AfD auf 5 und der SSW auf 3. Damit wäre theoretisch neben einer großen Koalition aus CDU und SPD sowohl ein Bündnis aus CDU, FDP und Grünen als auch eines aus SPD, FDP und Grünen möglich, wobei die „Jamaika-Koalition“ am wahrscheinlichsten erscheint.

Im bevölkerungsreichsten Land der Bundesrepublik in Nordrhein-Westfalen waren am 14. Mai 2017 mit über 13,1 Millionen Bürgern nicht nur die meisten Wähler aller Länder wahlberechtigt. Es ging auch hier um die Frage nach der Mehrheitsfähigkeit einer rot-grünen Koalition, die schon eine Woche zuvor in Schleswig-Holstein nicht demonstriert werden konnte. Auch hier stand die Frage nach dem Amtsbonus der amtierenden Regierungschefin Hannelore Kraft im Raum und ob es die CDU nach der Saarland-Wahl und der in Schleswig-Holstein mit dem Spitzenkandidaten Armin Laschet zum dritten Mal schaffen würde, zuzulegen und die SPD hinter sich zu lassen. Dies wäre ein weiteres Signal über die Wirkung des SPD-Spitzenkandidaten Martin Schulz, der ja aus dem Land stammt. Die Demoskopen sagten ein Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen den großen Parteien, ein gutes Resultat für die FDP, aber ein schwächeres für die Grünen voraus. Wie in Schleswig-Holstein lag die CDU in den letzten Umfragen sogar leicht vor der regierenden SPD. Der Einzug der Linken ins Parlament erschien ebenso knapp möglich wie der der AfD. Dies ließ ein Ende der rot-grünen Koalitionsmehrheit erwarten, ließ aber die anderen Fragen nach neuen Mehrheiten offen. Wenige Tage vor der Wahl hat sich Hannelore Kraft noch von einem Bündnis mit der Linken distanziert.

Dieser Schritt hat aber das Blatt nicht mehr wenden können. Die Wahl in Nordrhein-Westfalen hat den Trend der beiden vorherigen Landtagswahlen voll bestätigt: drastische Verluste für die Regierungsparteien SPD und Grüne, klare Gewinne für CDU und FDP. Auch die AfD schaffte es wieder in einen Landtag, hat aber für die Regierungsbildung keine Bedeutung. Die Linke ist knapp an der 5-Prozent-Hürde gescheitert. Auch in diesem Bundesland wird eine Regierung gegen die CDU nicht mehr möglich sein. Die Wahlbeteiligung ist ebenfalls angestiegen und hat zusätzliche Mobilisierungschancen ermöglicht. Sie stieg von 59,6 % bei der Landtagswahl 2012 auf nunmehr 65,2 % an. Ein Zugewinn von über 6,6 Prozentpunkten durch die CDU und nochmals fast vier Punkten durch die FDP war ein klares Signal. Die CDU kam nach dem vorläufigen

amtlichen Endergebnis auf 33,0 % der Zweitstimmen, ein Zuwachs von über 746.000 Stimmen gegenüber 2012. Die SPD kam noch auf 31,2 %, ein Verlust von über 400.000 Stimmen bei gesteigener Wahlbeteiligung. Auch die Grünen verloren massiv: Sie kamen noch auf 6,4 % – ein Verlust von über 345.000 Stimmen. Die FDP legte hingegen auf 12,6 % zu – ein Gewinn von über 395.000 Stimmen. Die Linke kam auf 4,9 % und gewann über 221.000 Stimmen dazu. Die AfD kam auf Anhieb auf 7,4 %. Von den anderen Parteien erreichten nur die Piraten einen Wert von 1,0 %.

Von den insgesamt 199 Sitzen gingen 72 an die CDU, 69 an die SPD, 28 an die SPD, 16 an die AfD und 14 an die Grünen. Neben einer großen Koalition (die die SPD aber sofort nach der Wahl ausschloss) wären noch Dreierkoalitionen möglich, aber auch eine Koalition aus CDU und FDP, die eine Stimme Mehrheit hätte.

Die drei Landtagswahlen – mehr Gemeinsamkeiten als Unterschiede?

Auf den ersten Blick zeigen sich große Unterschiede zwischen den drei Ländern: Im Saarland wurde eine Amtsinhaberin bestätigt, in den beiden anderen Ländern wurden sie abgewählt. Im Saarland wird die bestehende Regierungskoalition fortgeführt, in den anderen Ländern müssen neue Bündnisse gebildet werden. Die FDP scheitert im Saarland an der 5-Prozent-Hürde, aber feiert große Erfolge in den anderen Ländern. Die Grünen scheitern im Saarland ebenfalls an der 5-Prozent-Hürde, erzielen in Schleswig-Holstein aber ein sehr gutes Ergebnis, während sie in Nordrhein-Westfalen zwar ins Parlament kommen, aber schwach abschneiden.

Es gibt aber mehr Gemeinsamkeiten: In allen drei Ländern ist die Wahlbeteiligung gestiegen – zwischen 4 und 8 Punkten. Diese zusätzliche Mobilisierung kam vor allem der CDU zugute, die überall prozentual und an Stimmen zulegen konnte. Davon profitierte auch die AfD, die in die drei Landtage kam, aber mit schwächeren Ergebnissen als erhofft. Auch die FDP konnte deutlich an Stimmen dazugewinnen, auch wenn ihr das im Saarland nicht gereicht hat. Nicht genutzt hat sie den Grünen, die nur in Schleswig-Holstein etwas an Stimmen dazugewinnen konnten. Massiv verloren hat die SPD, die überall prozentual verlor und in Schleswig-Holstein und vor allem in Nordrhein-Westfalen auch noch Stimmen. Die Piraten schieden aus allen drei Landtagen aus, was aber zu erwarten war.

Auch die Wählerwanderungen wiesen viele Gemeinsamkeiten auf: In allen Ländern konnte die CDU auf breiter Front Stimmen holen. Der größte Posten war jeweils der Zuwachs aus dem Nichtwählerlager. Schon der zweitwichtigste Zuwachs kam in Schleswig-Holstein wie in Nordrhein-Westfalen von der SPD; nur im Saarland war der Zugewinn von sonstigen Parteien etwas größer – dieser kam in Schleswig-Holstein an dritter und in Nordrhein-Westfalen an vierter Stelle. In allen drei Ländern konnte die CDU auch von den Grünen Stimmen abziehen – in Nordrhein-Westfalen war dies sogar das zweitgrößte Zuwachskonto unter den Parteien. In allen drei Ländern verlor sie Stimmen an die AfD, aber relativ weniger als bei früheren Wahlen.

Sie verlor – wie bei allen Wahlen – wieder Stimmen an den Generationenwechsel, was aber angesichts der hohen Mobilisierung kaum ins Gewicht fiel.

Die SPD auf der anderen Seite profitierte zwar auch von der Mobilisierung und holte in allen Ländern Stimmen aus dem Nichtwählerlager. Dies war allerdings deutlich weniger als bei der CDU und wurde durch die Verluste an die anderen Parteien mehr als wett gemacht. In allen drei Ländern war der Abgang an die CDU der größte Verlustposten. Dazu verlor auch sie überall an die AfD und an den Generationenwechsel. In Nordrhein-Westfalen verlor sie noch beachtlich an die Grünen, von denen sie im Saarland immerhin noch minimal Stimmen abziehen konnten.

Die FDP hingegen konnte wiederum auf breiter Front zulegen, wenn auch auf unterschiedlichem Niveau. Sie verlor zwar an die AfD (und in Nordrhein-Westfalen sogar minimal an die Linke), gewann aber massiv von den Nichtwählern und den anderen Parteien – dabei am meisten von der SPD.

Bei den Grünen sah das Bild anders aus: Sie verloren außer in Schleswig-Holstein an die Nichtwähler und in allen Ländern an die CDU. Während sie im Saarland etwas von der SPD gewinnen konnten, gaben sie in Nordrhein-Westfalen an sie ab. In diesem Land wie in Schleswig-Holstein verloren sie auch an die AfD.

Die AfD holte in allen Ländern – wie gewohnt – die meisten Stimmen von den sonstigen Parteien und den Nichtwählern. Dieser war wieder weit bedeutender als der Gewinn von den anderen Parteien. Die CDU trug nur einen kleinen Teil hierzu bei: im Saarland 12,9 %, in Schleswig-Holstein 14,5 % und in Nordrhein-Westfalen 8,6 %.

Insgesamt kann festgehalten werden, dass das bürgerliche Lager eine große Mobilisierungsfähigkeit gezeigt hat. Damit korrespondierte eine positive Bewertung der Spitzenkandidaten – bei der FDP in Schleswig-Holstein und in Nordrhein-Westfalen sowie bei der CDU vor allem bei den herausragenden Einstufungen der Amtsinhaberin im Saarland. Umgekehrt waren für die von rot-grünen Koalitionen getragenen Amtsinhaber in Kiel und Düsseldorf schwache Werte zu verzeichnen. Bei den dort regierenden Parteien wurden einzig die Grünen in Schleswig-Holstein besser bewertet, was aber nicht ausreichte, zumal dort der junge Spitzenkandidat der CDU in kurzer Zeit viel Boden gutmachen konnte.

Thematisch waren alle drei Wahlen von der Dominanz von Themen bestimmt, deren Bewältigung eher den Unionsparteien zugebilligt wurde. Kriminalität und Sicherheit, Infrastruktur, Migration und Integration sowie wirtschaftliche Entwicklung wurden als vorrangig gesehen und eher der Union als Kompetenzbereich zugeordnet. Die Aktion der Kieler Landesregierung, Abschiebungen nach Afghanistan auszusetzen, hat dabei eher kontraproduktiv gewirkt. Weiche Themen wie Umweltschutz oder Energiewende spielten kaum eine Rolle; zugleich wurden Defizite in der Schul- und Bildungspolitik vor allem in Kiel und Düsseldorf den rot-grünen Regierungen angelastet. In allen Ländern konnten die bürgerlichen Parteien einerseits Nichtwähler

und solche sonstiger Parteien mobilisieren, aber andererseits auch in erheblichem Maße aus dem Lager von SPD und Grünen. Bei allen spezifischen Faktoren ist doch deutlich, dass alle drei Wahlen nach ähnlichem Muster abgelaufen sind. Bleibt die allgemeine Stimmungslage in Deutschland in etwa so erhalten, dann dürfte auch die Bundestagswahl am 24. September 2017 ähnlich ablaufen.

Autor**Dr. Gerhard Hirscher**

ist Referent für Grundsatzfragen der Politik, Parteien- und Wahlforschung in der Akademie für Politik und Zeitgeschehen der Hanns-Seidel-Stiftung in München.

Tel.: 089/1258-248, E-Mail: Hirscher@hss.de